

In der Schule haben religiöse Symbole nichts verloren

MICHAEL VON LEDEBUR

Die SVP befindet sich im Dauerwahlkampf, und deshalb weiss man bei ihr nie: Greift sie wirklich auf, was das Volk bewegt? Oder will sie nur Zwiebraten säen, um Stimmen zu ernten? Es ist die alte Huhn-Ei-Frage der Schweizer Politik, und sie stellt sich auch jetzt wieder, da die SVP die Kopftuchfrage stellt. Die Volkspartei will die Verhüllung der Haare aus dem Schulzimmer verbannen. Dies, nachdem eine kopftuchtragende Lehrerin in einer St. Galler Gemeinde hätte angestellt werden sollen. Am Montag wurde bekannt, dass der bürgerlich geprägte Zürcher Regierungsrat eine Motion der SVP des Kantons Zürich unterstützt. Dieser Entscheid ist richtig.

Wer die SVP in der Kopftuchfrage als Brandstifterin sehen will, kann darauf hinweisen, dass lediglich eine winzige Minderheit der Lehrerinnen überhaupt ein Kopftuch tragen will. Aber das greift zu kurz. Die Fragen der Integration und der Furcht vor deren Scheitern sowie um die Trennung von Staat und Religion sind wichtig. Die entscheidende Frage ist freilich, ob dies auch staatliches Handeln rechtfertigt.

Noch vor einigen Jahren herrschte breiter Konsens, dass religiöse Symbole nicht ins Klassen-

zimmer gehören. Doch mittlerweile hat sich in linken Kreisen ein Wandel vollzogen. Das Kopftuch hat nach dieser Lesart nichts mehr mit Zwang oder Unterdrückung der Frau zu tun. Kürzlich wurde in Zürich eine junge Muslimin, Vera Çelik, für die SP ins Stadtparlament gewählt, die das Kopftuch als «Akt der Emanzipation» feiert. Ein Hohn angesichts der Zustände für Frauen in Ländern wie Afghanistan oder Iran.

Die nationale SP hat kürzlich an einem Parteitag ihr Grundsatzpapier umgeschrieben. Hatte sich die Partei davor strikt gegen das Kopftuch und andere religiöse Symbole im Klassenzimmer ausgesprochen, klassifiziert sie das Kopftuchverbot nun als Zeichen des antimuslimischen Rassismus, der Diskriminierung. Wer so spricht, ist oder stellt sich naiv. Er tut so, als wäre das Kopftuch ein unverdächtigtes Accessoire und nicht Symbol des konservativen, patriarchalen Islam, der dem Grundverständnis offener Gesellschaften diametral entgegensteht. Im Kantonsrat wird die Zürcher SP dazu Farbe bekennen müssen.

Wie sich jemand kleidet, ist Privatsache. Aber die Schule ist kein beliebiger Arbeitsplatz. Eine Lehrerin unterrichtet Schulkinder und hat damit eine Sonderstellung. In dieser Rolle sind Einschränkungen des Privaten legitim. Man fordert sie auch

Ein offensiv zur Schau
gestelltes Kreuz als Schmuck
müsste ebenso unter
ein neues Gesetz fallen
wie die Kippa oder eben
das Kopftuch.

von Polizistinnen oder Richtern ein. Für das Vertrauen in die Schule ist es zentral, dass sie politisch und konfessionell neutral ist. Eltern haben einen berechtigten Anspruch darauf. Das laizistische Staatsverständnis, die Trennung von Kirche und Staat, ist eine zentrale Errungenschaft der Aufklärung. Dass der Staat in schulischen Fragen religiöse Ansprüche begrenzen darf, hat am Dienstag das Bundesgericht bekräftigt: Es entschied gegen eine radikale katholische Sekte aus dem Kanton Uri, die ihre Kinder aus religiösen Gründen vom Schwimmunterricht hatte dispensieren wollen.

Das Anliegen, das die SVP aufnimmt, hat somit bei aller durchsichtigen politischen Selbstvermarktung einen legitimen Kern. Falsch liegt die Volkspartei hingegen, wenn sie das muslimische Kopftuch als Sonderfall bezeichnet und behauptet, Symbole anderer Religionen könnten nicht damit verglichen werden, weil nur das Kopftuch Frauen diskriminiere.

Solche Unterschiede kann ein laizistischer Staat nicht vornehmen. Die Regeln müssen für alle gelten. Ein offensiv zur Schau gestelltes Kreuz als Schmuck müsste ebenso unter ein neues Gesetz fallen wie die Kippa oder eben das Kopftuch. Der Staat hat im Klassenzimmer neutral aufzutreten. Wer den laizistischen Staat als legitim anerkennt, sollte keine Mühe haben, dem Folge zu leisten.